



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

28. hét

2018.07.09.

ZUSAMMENFASSUNG

- Frühestens am 15. August können jene Regelungen in Kraft treten, mit denen die Strukturen der Nationalen Verwaltungsuniversität in Bezug auf Aufbauorganisation, Bewirtschaftung und Träger modifiziert werden. Letztendliches Ziel der Veränderung ist es, das fachliche Niveau der Verwaltungsausbildung weiter anzuheben.
- Die führenden Politiker Deutschlands und Ungarns haben ein Gipfeltreffen absolviert, welches die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern stärken und die künftigen Richtlinien der Zusammenarbeit aufzeigen konnte. Die Regierungskrise in Deutschland scheint auf ungewisse Zeit beigelegt, wobei es in der Frage der Migrationskrise keine bilaterale Entscheidung gab.
- In den Ausschüssen des Parlaments geht die Feinabstimmung des Entwurfs für den Haushaltsplan des kommenden Jahres vonstatten. Nach einem Monat notierte der Forint wieder stärker, dessen Wechselkurs zu den Leitwährungen in der vergangenen Woche um mehrere Prozentpunkte zulegen konnte.
- Bis 2021 dürfte die neue 28-geschossige und 120 Meter hohe Mol-Zentrale am Kopaszi-Damm entstehen. Im Sinne des neuen rechtlichen Umfeldes bedarf es für den Bau von Hochhäusern über 90 Metern einer gesonderten Genehmigung der Regierung.
- Der Unternehmer Lajos Simicska trennt sich von sämtlichen Beteiligungen in der Wirtschaft, die sein Geschäftspartner Zsolt Nyerges übernimmt. Die Entscheidung von Simicska, der früher hinter der Jobbik stand, ist im Spiegel der Entwicklung der jüngsten Jahre und der künftigen Aussichten als rational anzusehen.

REGIERUNGSMELDUNGEN

IN ZUKUNFT IST DER KANZLERAMTSMINISTER FÜR DIE NATIONALE VERWALTUNGSUNIVERSITÄT ZUSTÄNDIG

Der Rektor der Nationalen Verwaltungsuniversität, András Patyi, hat mit Wirkung vom 31. August 2018 seinen Rücktritt eingereicht. Nun wird die Trägerschaft der Universität bei Staatspräsident János Áder die Amtsenthebung von Patyi beantragen, woraufhin die Ernennung des nächsten Rektors bereits gemäß der neuen Verfahrensordnung erfolgen kann.

Die Vorlage zur Modifizierung einzelner, die Trägerrechte der Nationalen Verwaltungsuniversität (NKE) berührender Gesetze wurde vergangene Woche dem Parlament zur Beschlussfassung eingereicht. Der Rechtsstatus der Verwaltungsuniversität ist seit 2011 von spezieller Natur, denn abweichend von den übrigen in Ungarn unterhaltenen staatlichen Hochschuleinrichtungen regelt ein gesondertes Gesetz ihren Betrieb und ihre Aufbauorganisation. Im Hintergrund dessen steht, dass die NKE durch das Zusammenlegen mehrerer früher eigenständiger Ausbildungsgänge zustande gebracht wurde.

Im Falle der staatlichen Hochschuleinrichtungen spielen in der Entscheidungsfindung der Senat (mit dem Rektor an der Spitze) und der für die Bewirtschaftung zuständige Kanzler eine bestimmende Rolle. Bei der Verwaltungsuniversität wiederum wurde ein Trägergremium eingerichtet, dessen aktuelle Mitglieder die Minister für Justiz, für innere Ordnung, für Verteidigung und für Äußere Angelegenheiten sind. Die jetzt eingebrachte Vorlage würde dieses Modell wie folgt ändern:

- Das Trägergremium wird aufgelöst, woraufhin der Kanzleramtsminister die Betreiberrechte der Universität in einer Person ausüben kann, der eine Ausschreibung um den Posten des Rektors verkündet, über dessen Person er nach einer Stellungnahme des Senats entscheidet.
- Der Träger reicht der Regierung zum Zeitpunkt der Planung des Zentralhaushalts seinen Vorschlag bezüglich des Haushaltskapitels der Universität ein.
- Nach dem Muster des Trägergremiums wird zur Unterstützung der Tätigkeit des Kanzleramtsministers ein Beratergremium eingerichtet, zu dessen Mitgliedern auch der Minister für Humanressourcen gehören wird.

Das Aufgabenspektrum des das Ministerpräsidentenamt leitenden Ministers wird auf diese Weise um ein weiteres Element ergänzt: die Beaufsichtigung und Leitung der Nationalen Verwaltungsuniversität. Im Zuge einer Zentralisierung der Befugnisse kann die Leitung der NKE effizienter werden, mit dem schlussendlichen Ziel, das Niveau in der Ausbildung von Verwaltungsfachkräften anzuheben, mit anderen Worten die Anpassungsfähigkeit an Herausforderungen und Bedürfnisse zu gewährleisten, die einem Wandel unterliegen. Der ungarische Ministerpräsident hatte früher wiederholt von der herausragenden Rolle des Personalbestands in der Staatsverwaltung geredet, wobei er die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für die Zukunft Ungarns hervorhob.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

ANGELA MERKEL EMPFING MINISTERPRÄSIDENT VIKTOR ORBÁN IN BERLIN

Der ungarische Regierungschef unternahm seit 2014 den ersten offiziellen Staatsbesuch in Deutschland. In der Zeitspanne seit dem letzten Besuch hat sich die politische Position von Angela Merkel geschwächt, wohingegen Viktor Orbán im April dieses Jahres erneut eine starke innenpolitische Legitimation gewann, dessen europäischer Einfluss zur gleichen Zeit kontinuierlich zunimmt. Die bilateralen Verhandlungen fanden unterm Strich für beide Seiten ein positives Echo in den Medien.

Die ungarische Delegation reiste zu einem zweitägigen Besuch nach Berlin, unter deren Mitgliedern neben Viktor Orbán auch der Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Außenwirtschaft, Péter Szijjártó, an zahlreichen Verhandlungen teilnahm. Am ersten Tag der Konsultationen in Berlin traf die Delegation mit Bundesinnenminister Horst Seehofer zusammen, mit dem Fragen der Migrationskrise behandelt wurden, die den Grund der aktuellen deutschen Regierungskrise bietet. Der ungarische Ministerpräsident hatte den ungarischen Standpunkt in zahlreichen früheren Reden festgehalten: In der Migrationsfrage gibt es keinen Kompromiss, mit dem Hinweis auf den ungarischen Standpunkt, der die illegale Einwanderung von Anfang an konsequent zurückwies.

Außenminister Péter Szijjártó stimmte sich außerdem mit Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, dem Vorsitzenden des Außenausschusses im Bundestag, Norbert Röttgen (CDU), sowie dem Vorsitzenden des Europaausschusses im Bundestag, Gunther Krichbaum (CDU), ab. Im Ergebnis dieser Verhandlungen gelangten bilaterale Vereinbarungen zum Abschluss, die Folgendes beinhalten:

- Der Ungarische Staat wird 20 Militärhelikopter der Firma Airbus von dem französisch-deutsch-spanischen Konsortium beziehen.
- Die Parteien haben die Einrichtung einer zentraleuropäischen NATO-Kommandozone beschlossen. Diese gemeinsame Kommandozone wird den Militärstrukturen der NATO angepasst; ihre volle Gefechtsbereitschaft wird sie voraussichtlich bis 2022 erreichen, woraufhin sie den Zielstellungen gemäß dazu beitragen kann, die Sicherheit Ungarns und Zentraleuropas zu garantieren.

Am zweiten Besuchstag kam es zu politischen Konsultationen auf höchster Ebene zwischen der deutschen Bundeskanzlerin und dem ungarischen Ministerpräsidenten. In mehreren Fragen zeigte sich Übereinstimmung, doch gab es ebenso abweichende Standpunkte:

- Im Fragenkomplex des Umgangs mit der Migration stimmt die Herangehensweise der beiden Länder nicht überein, wobei die jüngste Übereinkunft zwischen CDU/CSU und SPD bereits schwindende Differenzen gezeigt hat. Ein wichtiges Moment bestand darin, dass Angela Merkel einmal mehr die Notwendigkeit des an der Südgrenze Ungarns errichteten Grenzzauns anerkannte. An Stelle der bisherigen, ideologisch gehaltenen Solidaritätsdebatte beginnt die politische Debatte über die Migration in ganz Europa juristische Züge anzunehmen.
- Es wurde bekräftigt, dass Deutschland und Ungarn strategische Partner sind, wobei sich diese Partner auf gemeinsame, kooperationswürdige Bereiche in Verbindung mit der Automobilindustrie, der gemeinsamen Europaarmee und der Handelspolitik konzentrierten. Beide Politiker sprachen sich gegen protektionistische Handelszölle aus.
- Es ist hervorzuheben, dass Viktor Orbán nicht versuchte, aus seiner günstigeren Lage und politischen Stabilität einen Vorteil zu schlagen, d. h. Einfluss auf die innenpolitischen Prozesse in Deutschland zu nehmen. Dabei unterlag er keinem Erfolgszwang, denn die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen prosperierten schon bislang: Hierzulande sind 6.000

deutsche Unternehmen tätig, die ungefähr 300.000 Menschen eine Existenz sichern. Eine wichtige Anmerkung bestand darin, dass beide Regierungschefs auch gesondert die wachsende wirtschaftliche Leistung der Visegrád-Staaten (V4) und den Erfolg des zentraleuropäischen Modells hervorhoben. Dabei ist es eine bemerkenswerte Zahl, dass das Handelsvolumen zwischen den V4 und Deutschland um 50 Prozent höher ausfällt, als das Handelsvolumen zwischen Frankreich und Deutschland.

Auch Ungarn ist an einer Beilegung der deutschen Regierungskrise und einer langfristigen Stabilität Deutschlands interessiert. Die aus Anlass des offiziellen Besuchs in der vergangenen Woche an den Tag gelegte Bereitschaft zu einem konstruktiven Dialog und eine auf gegenseitigem Respekt beruhende Politik dürfen als praktische Umsetzung dieser Anschauung gewertet werden. In der Sache einer Rückführung der bereits auf dem Territorium Europas befindlichen illegalen Einwanderer muss zunächst einmal eine deutsch-österreichische Vereinbarung gelingen, bevor die ungarische Regierung konkrete Vorschläge formulieren kann.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

NEUE KAPITEL IM HAUSHALTSPLAN FÜR 2019

Aus den durch die Regierung am 20. Juni eingereichten Bänden zu den Haushaltskapiteln sowie aus Interviews mit Finanzminister Mihály Varga können wir bezüglich des Haushaltsplans für 2019 weitere Schlussfolgerungen ziehen. In der vergangenen Woche hat der Wirtschaftsausschuss des Parlaments auf seiner Sitzung keinen einzigen der eingebrachten 51 Modifizierungsanträge angenommen.

Der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr rechnet auch weiterhin mit einem BIP-Wachstum um 4%, möchte jedoch die Haushaltsreserven aufstocken und die Haushaltsmittel für zahlreiche Bereiche von strategischer Bedeutung anheben; so steigen die Aufwendungen für Verteidigungszwecke um 85, für die öffentliche Sicherheit um 65, für das Gesundheitswesen um 101 und für das Bildungswesen um 159 Milliarden Forint. Der Finanzminister hob hervor, es sei gelungen, die Haushaltsreserven in einer Weise anzuheben, dass dabei nicht Mittel aus anderen Bereichen abgezweigt werden mussten. Wie er unterstrich, erfordern die globalen Trends und die Entwicklungen in der Weltwirtschaft eine Anhebung der Reserven. Zu solchen zur Vorsicht gemahnenden Entwicklungen gehören der sich zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, China und der Europäischen Union entfaltende Handelskrieg, die Finanzkrise einzelner Länder (Argentinien, Türkei, Spanien) sowie die globale Wende in der monetären Politik, nachdem die Federal Reserve (Fed) in ihrer Funktion als US-Notenbank in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal den Dollarleitzins angehoben hat. Wie schon Ende März wurde der Leitzins erneut um 25 Basispunkte und somit nun von 1,75 auf 2,0 Prozent angehoben. Sollte die ungarische Regierung die Haushaltsreserven doch nicht verwenden müssen, kann sie diese logischerweise für andere Zwecke einsetzen. Im kommenden Jahr bestehen zudem Aussichten für eine Anhebung der Renten angepasst an die geplante Höhe der Inflation, was letzten Endes einen Zuwachs um insgesamt rund 2,7 Prozent bedeuten würde.

DIE ENTWICKLUNG DES FORINT-KURSES

Nachdem der Forintkurs gegenüber dem Euro früher über 330 gestiegen war, konnten wir in der vergangenen Woche eine erstarkende ungarische Währung erleben. Infolgedessen erstarkte die

einheimische Währung auch gegenüber dem Dollar, wobei in der Region ähnliche Tendenzen im Falle des polnischen Zloty und der tschechischen Krone zu beobachten waren.

Der Forint erstarkte von 330 zum Euro, die einen historischen Tiefpunkt markierten, vergangenen Donnerstag bis auf 323 zurück, woraufhin die Tendenz einer stabileren Kursentwicklung der jüngsten Tage am Freitag wieder nachließ. Parallel dazu bewegten sich auch die Kurse anderer Währungen in der Region, so des polnischen Zloty und der tschechischen Krone, am Freitag nur noch minimal. Bereits früher war zu hören, dass der Forint in der Schwächephase etwas sensibler als andere nationale Währungen auf die Entwicklungen an den Märkten reagierte, was auch für die Korrekturbewegung zutrifft. Dabei kam am Wochenende selbst die Tendenz eines gegenüber dem Dollar erstarkenden Forint zum Stillstand.

Wenngleich das Thema in der ungarischen Öffentlichkeit eine intensive Debatte einleitete, dürften hinter dem schwachen Forint grundlegend doch zwei wichtigere Faktoren stehen: Zum einen verhalten sich die Kapitalanleger vorsichtiger, was im Falle kapitalabhängigerer Länder wie beispielsweise Ungarn fallende Erträge der Staatsanleihen und somit einen sinkenden Wechselkurs der nationalen Währung mit sich bringt. Zum anderen hielt die Ungarische Nationalbank (MNB) unbeeindruckt von der aktuellen Forintschwäche konsequent an ihrer lockeren monetären Politik fest, woraus wir schlussfolgern können, dass die MNB diese Wechselkursschwankungen als von vorübergehender Natur betrachtet.

PARTEIPOLITIK

LAJOS SIMICSKA TRENNT SICH VON SEINEM KOMPLETTEN MEDIENPORTFOLIO

Der über zahlreiche Medienunternehmen verfügende Lajos Simicska, der früher den Wahlkampf der Jobbik unterstützte, verkauft sämtliche Beteiligungen an den Großunternehmer Zsolt Nyerges. Nach den Parlamentswahlen gab Simicska reihenweise in seinem Eigentum befindliche Presseerzeugnisse auf, doch mit dem nun erfolgenden Verkauf sämtlicher Wirtschaftsbeteiligungen hat es den Anschein, dass er sich endgültig aus der ungarischen Politik zurückzieht.

Nach seinem offenen Bruch mit Viktor Orbán gerieten die von Lajos Simicska kontrollierten Medien in die roten Zahlen: Nach der Einstellung der Tageszeitung „Magyar Nemzet“ und des „Lánchíd-Rudios“ wurde zuletzt die Druckausgabe der politischen Wochenzeitung „Heti Válasz“ eingestellt, für die sich kein neuer Investor fand. Zur gleichen Zeit ist auch die Zukunft des Nachrichtenfernsehens „Hír TV“ und des Nachrichtenportals Index.hu ungewiss. Die Parlamentswahlen im April brachten für Simicska nicht den erhofften Ausgang, wobei seine über verschiedene Kanäle erfolgte finanzielle Unterstützung der Jobbik nicht die darin gesetzten Erwartungen erfüllen konnte.

Wenngleich Simicska seine Beteiligungen an seinen bisherigen Geschäftspartner Zsolt Nyerges abtritt, dürfte er einen gewissen Einfluss auf die abgestoßenen Medien behalten. Die Entscheidung von Simicska wirkt im Spiegel der besagten Prozesse nicht überraschend, zumal ins Kalkül gezogen werden muss, dass die Zielstellungen und das Programm der amtierenden Regierung weit über die bis 2022 andauernde Legislaturperiode hinausreichen. Sollte es den heutigen Regierungsparteien tatsächlich gelingen, langfristig an der Macht zu bleiben, so hat Simicska ausgehend von seinen Geschäftsinteressen sowie den künftigen Aussichten eine rationale Entscheidung getroffen, indem er sich jetzt von seinen Beteiligungen trennte.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

NACH LANGEM TAUZIEHEN KANN DIE NEUE MOL-ZENTRALE GEBAUT WERDEN

Im Zuge der jüngsten Gesetzesänderungen kann das Projekt zur Errichtung der neuen Mol-Zentrale grünes Licht erhalten. Die Sache der Planung und Ausführung des Gebäudes zieht sich seit Ende 2017 hin, nachdem zuvor zahlreiche Argumente pro und kontra des Baus des Wolkenkratzers aufgezählt wurden.

Noch in der vorigen Legislaturperiode wurde eine Modifizierung in Verbindung mit der Regelung des Baus von Hochhäusern im Gesetz über die Umgestaltung und den Schutz der bebauten Umwelt im Parlament behandelt. Im Sinne eines Änderungsantrags, den die Regierungsparteien jetzt zu der Vorlage einreichen, dürfen Gebäude von mehr als 90 Metern Höhe künftig nur noch mit einer Sondergenehmigung der Regierung erbaut werden. Früher wurde dieser Schwellenwert bei 65 Metern definiert.

Die Änderung berührt nachfolgende Investitionen in Wolkenkratzer, die sich in der Ausführungsphase oder noch in der Planung befinden:

- Mol Campus beim Kopaszi-Damm.
- Twist – Budapest City Tower im 13. Stadtbezirk.
- Stadtteilzentrum „Agora“ am gleichen Ort.

Die neue Mol-Zentrale könnte eine Höhe von 120 Metern erreichen und wird laut Plänen frühestens 2021 übergeben. Die Errichtung des neuen Konzernsitzes mit 28 Geschossen wird erforderlich, nachdem die Mitarbeiter des Unternehmens derzeit in fünf Stadtbezirken und elf voneinander ziemlich weit entfernten Gebäuden verstreut arbeiten. Die Bedeutung der Gesetzesänderung ergibt sich daraus, dass sich die Entscheidung in Verbindung mit dem Bau der Mol-Zentrale seit langer Zeit hinzog, während das ungarische Unternehmen von multinationalem Charakter hinsichtlich seiner Marktpräsenz in Zentraleuropa, seines Wertes und Einflusses kontinuierlich an Gewicht hinzugewinnt.